

08.12.2023

Fakten zum FDP-Gesetzentwurf zur Änderung des Waldgesetzes



Der Gesetzentwurf ist wirtschaftsfeindlich!

- » Thüringen ist bundesweit **Negativbeispiel** bei Unternehmen aus Industrie und Wirtschaft, wenn es um den **Ausbau von Windenergie** geht. Wegen der immer wieder neu geführten Grundsatzdiskussion herrscht große Verunsicherung, was zum Standortnachteil für den Freistaat wird.
- » Thüringen/Franken ist größter **Glasindustriestandort Deutschlands**. Die Unternehmen der Branche sowie Unternehmen der Stahl-, Papier-, Chemie- und Lebensmittelindustrie haben sich in der Frage Umstieg auf Erneuerbare Energien zusammengeschlossen und **brauchen zwingend einen Ausbau der Windkraft** in Thüringen.

Der Gesetzentwurf hat nichts mit Waldschutz zu tun!

- » **Waldflächen in ganz Thüringen sind von Schäden betroffen**, und in den nächsten Jahren werden die gesunden Waldgebiete weiter rapide schrumpfen. Allein die Wiederaufforstung der bereits verlorenen Wälder und Forste würde das Land einen zweistelligen Millionenbetrag jährlich über ein Jahrhundert hinaus kosten. Der FDP-Gesetzentwurf soll den Waldumbau verhindern und sieht keine Maßnahmen zur Stärkung und Wiederaufforstung des Waldes vor.
- » Gut **10 Prozent der Landesfläche** eignen sich aufgrund guter Windverhältnisse und ausreichender Abstände zu Wohnhäusern und Schutzgebieten für Windkraft.
- » Der **Freistaat ist der größte Landbesitzer**. Vor allem der Staatswald könnte eine Schlüsselrolle für das Zusammenwirken eines nachhaltigen Waldumbaus und einer regionalen Energiegewinnung spielen. Allein auf den geeigneten Flächen in Landesbesitz könnten sich die jährlichen Pachteinahmen für Windkraftanlagen auf mindestens 40 Millionen Euro belaufen und das über eine Nutzungsdauer von 25 Jahren hinweg. Mit dem Windbeteiligungsgesetz kommen noch für die Menschen und Gemeinden der Umgebung direkte Auszahlungen hinzu.

Die bestehenden Ausweisflächen für Windkraft reichen nicht für den Bedarf!

- » Die CDU behauptet, es brauche keine Waldflächen, um Strombedarf in Thüringen zu decken. **Das ist falsch:** Der Bund sagt, Thüringen müsse 2,2 Prozent der Landesfläche als Vorranggebiete ausweisen. Der aktuelle Stand liegt bei 0,4 Prozent. Bisher befinden sich die ausgewiesenen Flächen auch nur in Nord- und Mittelthüringen, das ist keine gerechte Verteilung. **Die CDU schürt also die Ungerechtigkeit innerhalb Thüringens.**
- » **Das Argument der CDU, man solle sich auf Leistungsziele stützen und nicht auf Flächenziele, ist eine Nebelkerze.** Warum? Erstens ist Europaweit der Ausbau der Windkraft über Flächenziele geregelt, Thüringen würde sich zum „Gallischen Dorf“ innerhalb der EU machen. Zweitens: Nur weil man ein Ziel definiert, stehen nicht automatisch die benötigten Flächen für die Umsetzung zur Verfügung. Der langwierige Zubau würde durch Einzelfallentscheidungen dauerhaft gebremst werden.